

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Oktober 2009 N° 6
ISSN 1865-701X

Die französische Familienpolitik zwischen Wandel und Kontinuität

von Anne Salles



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen
mit freundlicher Unterstützung der

Robert Bosch **Stiftung**

Redaktion:
Claire Demesmay, Katrin Sold

Herausgeber:
Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2009 DGAP

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Zusammenfassung / Summary

Anne Salles

Die französische Familienpolitik zwischen Wandel und Kontinuität

- Häufig wird Frankreich in deutschen familienpolitischen Debatten auf Grund der hohen Geburtenrate und der hohen Erwerbstätigenquote bei Frauen als Vorbild angeführt.
- Zentrale Ziele der französischen Familienpolitik sind die Ermöglichung einer freien Wahl zwischen familiärer und außerhäuslicher Kinderbetreuung, die Förderung der Chancengleichheit aller Kinder sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Ein vielfältiges Betreuungsangebot und unterschiedliche Formen finanzieller Unterstützung für Familien sollen diese Ziele fördern.
- Doch der Mangel an Betreuungsplätzen sowie widersprüchliche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellen die Umsetzung der familienpolitischen Ziele in Frage.
- Angekündigte familienpolitische Reformen, beispielsweise eine Kürzung des Erziehungsurlaubs, sind umstritten. Wie andere Maßnahmen zeigt sich auch eine Initiative zur Schaffung neuer Betreuungsplätze dem Zwang zur Kostenminimierung unterworfen und birgt damit das Risiko einer sinkenden Qualität des Betreuungsangebots.

French family policy between change and continuity

- France is frequently being instanced in German debates on the subject of family policy because of the high birth rate and the high rate of employed women.
- Fundamental aims of the French family policy consist in providing a free choice between child care within the family and external child care, the promotion of equal opportunity for all children as well as the equality of men and women. A wide variety of service offers and diverse forms of financial support for families are supposed to boost these goals.
- The lack of day nursery facilities as well as contradictory measures to improve the compatibility of family and work question the achievement of the goals with regard to family policy.
- Announced reforms in terms of family policy, for example the reduction of parental leave, are disputed. Among other measures, an initiative to provide more day nursery facilities is exposed to the restraint of cost minimization and thus poses the risk of decreasing quality of service offers.

Inhalt

Geburtenentwicklung und Familienpolitik in Frankreich	5
Geburtenentwicklung.	5
Grundzüge der französischen Familienpolitik	7
Wahlfreiheit	8
Finanzielle Unterstützung	9
Mängel der französischen Familienpolitik	9
Falsche Zielsetzungen?	10
Das Prinzip der »freien Wahl«	10
Vereinbarkeit von Beruf und Familie	10
Chancengleichheit	11
Das Ziel der Gleichstellung von Männern und Frauen	11
Infragestellung der Ausrichtung und der Umsetzung der Familienpolitik	11
Reformvorschläge und erste Reformen seit 2007	12
Kürzung des Erziehungsurlaubs.	12
Der Ausbau des Betreuungsangebots	13
Zum Schluss	13
Anmerkungen	14

Die französische Familienpolitik zwischen Wandel und Kontinuität

von Anne Salles

War eine Reform der französischen Familienpolitik, wie sie die Regierung Sarkozy kurz nach ihrem Amtsantritt ankündigte, überhaupt nötig?

Die Frage scheint provokativ zu sein, doch wirkt die Notwendigkeit, familienpolitische Reformen durchzuführen, zunächst tatsächlich nicht augenfällig. Frankreich wird aus unterschiedlichen Gründen in familienpolitischen Debatten häufig als Vorbild angeführt: In erster Linie ist hier die seit den neunziger Jahren vergleichsweise hohe Geburtenrate zu nennen, mit der Frankreich im Jahr 2008 im europäischen Vergleich sogar an der Spitze lag (2,02 Kinder pro Frau). Auch wenn die Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenrate nach wie vor umstritten sind, stimmen die meisten Demografen dennoch in der Annahme überein, dass die französische Familienpolitik eine wichtige Rolle bei der Geburtenentwicklung spielt.¹ Zweitens erscheint Frankreich aufgrund seiner hohen Erwerbstätigenquote bei Frauen, insbesondere bei jungen Müttern, als Vorbild in Europa. Das Land erfüllt dabei das EU-Ziel einer Erwerbstätigenquote bei Frauen von mindestens 60 Prozent. Auch dies wird häufig als Folge der Familienpolitik gewertet, insbesondere der Förderung der Kinderbetreuung außerhalb der Familie. So gehört Frankreich zu den wenigen Ländern in Europa, welche die Ziele von Barcelona, beispielsweise eine außerhäusliche Betreuungsquote von mindestens 33 Prozent bei Kleinkindern und von mindestens 90 Prozent bei Kindergartenkindern, bereits erfüllen.

Darüber hinaus bestätigen Umfragen in Frankreich, dass die familienpolitischen Maßnahmen der Regierungen bei der Bevölkerung größtenteils auf Zustimmung stoßen. So zeigen sich ca. 80 Prozent der Eltern mit der Betreuungsform, die sie für ihre Kinder gewählt haben, zufrieden. Mit einem Anteil von 3,7 Prozent am BIP liegt Frankreich bei seinen familienspezifischen Ausgaben unter den OECD-Ländern auf Platz 3 hinter Luxemburg und Dänemark.

Das französische Modell scheint demnach erfolgreich zu sein und die Gründe für eine Reform wenig offensichtlich. Dem entsprechen die Äußerungen von Staatspräsident Sarkozy zu Beginn des Jahres 2009: »Wir werden doch wohl kein System ändern, das es uns ermöglicht hat, eine Familienpolitik mit solchen Ergebnissen zu haben.«²

In deutlichem Gegensatz zu den bisher getroffenen Feststellungen jedoch äußert sich die französische Soziologin Dominique Méda kritisch über die französische Familienpolitik. Sie unterstreicht, dass die hohe Geburtenrate Schwächen des französischen Modells verdecke und die Regierung von jeglichem Handlungsdruck im Bereich der Familienpolitik befreie.³ Zwar hatte der heutige französische Präsident bereits im Rahmen seiner Wahlkampagne 2007 familienpolitische Reformen angekündigt, doch bisher hat sich nur wenig getan. Wie reformbedürftig aber ist die französische Familienpolitik tatsächlich? Und zeigt die Regierung heute wirklich den Willen, tiefgreifende Reformen durchzusetzen?

Geburtenentwicklung und Familienpolitik in Frankreich

Geburtenentwicklung

Frankreich zeichnet sich seit den neunziger Jahren durch eine relativ hohe Geburtenrate aus, die in den letzten Jahren weiter angestiegen ist. Im Jahr 2008 zählte Frankreich 834 000 Geburten.

Die relativ hohe Geburtenzahl lässt sich durch mehrere Faktoren erklären.

- Die Kinderlosigkeit bleibt in Frankreich niedrig. Sie liegt bei etwa 10 Prozent für Frauen aus dem Jahrgang 1960 und wird auf 12 Prozent für Frauen aus dem Jahrgang 1980 geschätzt.⁴
- Der Anteil an kinderreichen Familien ist hoch: Etwa ein Drittel der 1960 geborenen Frauen

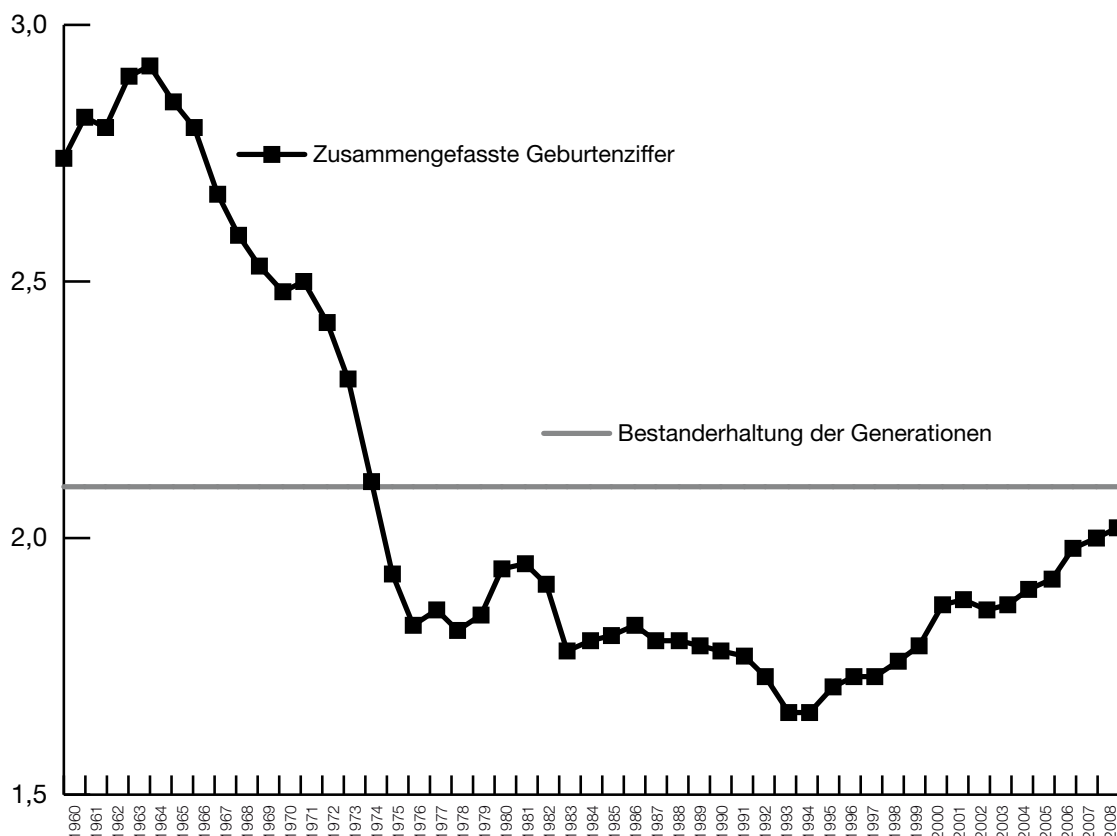
haben mindestens drei Kinder. Dieser hohe Anteil ermöglicht einen Ausgleich gegenüber den kinderlosen und Ein-Kind-Familien. Die Familiensituation spiegelt den Kinderwunsch französischer Paare wider: Die Franzosen wünschen sich im Durchschnitt 2,3 Kinder.⁵

- Die Geburtenzahl ist in allen Gesellschaftsschichten vergleichbar: Trotz einer höheren Quote an Kinderlosigkeit liegt die Geburtenrate unter Hochqualifizierten nicht unterhalb des Durchschnitts, was auf den bedeutenden Anteil an kinderreichen Familien in dieser Gruppe zurückzuführen ist.

- Schließlich scheint sich die Schwächung der Ehe als Institution kaum auf die Geburtenentwicklung ausgewirkt zu haben. Über die Hälfte der Kinder wird heute außerhalb der Ehe geboren.

Die vergleichsweise hohe Geburtenrate, die Frankreich derzeit verzeichnet, überrascht jedoch zugleich aus mehreren Gründen. Erstens ist die Erwerbstätigenquote bei Frauen relativ hoch: Sie liegt bei Frauen zwischen 25 und 49 Jahren bei derzeit bei knapp 74,9 Prozent, die der Mütter bei 72,9 Prozent, wobei die Mehrheit von ihnen in Vollzeit arbeitet.⁷ Erwerbstätige Mütter haben dabei

Grafik: Geburtenentwicklung in Frankreich seit 1960



Quelle: INSEE.

- Dagegen tragen die Mütter aus Einwandererfamilien nur mit 0,07 Punkten zur Geburtenziffer in Frankreich bei.⁶
- Die Geburtenrate ist insbesondere bei Frauen ab 35 Jahren deutlich gestiegen. Bei den 40- bis 45-Jährigen steigerte sie sich in den letzten zehn Jahren um über 50 Prozent.

im Durchschnitt weniger Kinder als Hausfrauen. Zweitens erweist sich die Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern als äußerst unausgeglichen. Die mangelnde Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung könnte sich negativ auf den Kinderwunsch auswirken, da die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten der Frauen durch Zeiten

der Kinderbetreuung eingeschränkt werden. Drittens liegen die Arbeitslosenzahlen, insbesondere die Quote der Jugendarbeitslosigkeit, in Frankreich relativ hoch. Die damit verbundene wirtschaftliche Unsicherheit müsste sich negativ auf die Geburtenrate auswirken. Hinzu kommt eine hohe Scheidungsquote: Seit dem Jahr 2004 verzeichnet Frankreich eine Scheidungsquote, die bei der Hälfte der Quote von Eheschließungen liegt. Schließlich ist die Abtreibungsquote im europäischen Vergleich hoch, was auf eine äußerst liberale juristische Regelung zurückzuführen ist. Experten zufolge lässt sich so die hohe Geburtenrate angesichts der dargestellten, eher einschränkenden Faktoren zum Teil tatsächlich auf Besonderheiten der Familienpolitik zurückführen.

Grundzüge der französischen Familienpolitik

Frankreich erlebte zwischen der französischen Revolution und der Mitte des 20. Jahrhunderts einen starken Geburtenrückgang.⁸ Angesichts dieser Entwicklung wurde eine aktive Familienpolitik bereits am Ende des 19. Jahrhunderts debattiert, in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts erstmals umgesetzt und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg stark ausgebaut. Die Familienpolitik unterlag im Laufe ihrer Entwicklung unterschiedlichen politischen Einflüssen und verschiedenen Zielsetzungen, so dass sie noch heute teilweise widersprüchlich erscheinen mag. Unter dem Einfluss der katholisch geprägten Familienverbände stärkte die geburtenfördernde Familienpolitik bis in die sechziger Jahre hinein ein traditionell orientiertes Familienbild. So erhielten zum Beispiel Familien eine Beihilfe unter der Bedingung, dass die Mutter zu Hause blieb. Damit sollten gleichzeitig Frauen vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Parallel dazu bestand jedoch bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts das republikanische Ziel, Kindern von früh auf gleiche Chancen zu geben und daher Kinder aus sozial schwächeren Milieus gezielt zu fördern. Dies führte 1881 zur Einführung der »école maternelle«, einer Vorschule, welche die Nachfolge der 1829 eingeführten »salles d'asyle« (Asylräume) übernahm. Diese Vorschule wandte sich ursprünglich an Kinder zwischen 2 und 7 Jahren, deren Eltern aus finanziellen Gründen beide arbeiten

mussten, und wurde vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich ausgebaut, so dass seit den sechziger und siebziger Jahren verstärkt auch Kinder höherer Gesellschaftsschichten die école maternelle besuchten. Bereits 1980 gingen nahezu alle vier- bis fünfjährigen Kinder sowie etwa 90 Prozent der Dreijährigen in die école maternelle.⁹ Von Anfang an unterstand diese dem französischen Bildungsministerium (ministère de l'instruction, 1829) und wurde daher als Teil des Bildungssystems bewertet. Da die Vorschule abgesehen von einer Beteiligung der Eltern für das Schulessen kostenlos ist, haben alle Kinder freien Zugang zur école maternelle. Dies ermöglichte es den Müttern, spätestens drei Jahre nach der Geburt ihrer Kinder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, so dass die Quote der Berufstätigkeit von Frauen, mehrheitlich in Vollzeit, nach dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich anstieg. Dies veranlasste die französische Regierung ab den achtziger Jahren, nicht zuletzt unter dem Einfluss der feministischen Bewegung, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie verstärkt zu fördern. Die französische Familienpolitik verbindet daher traditionelle, am klassischen Familienbild orientierte Aspekte mit feministischen, individualistischen Elementen. Dies erklärt die Schwierigkeit einer Analyse der Familienpolitik, die von vielen Demografen als »Mix« betrachtet wird.¹⁰

Die französische Familienpolitik verfolgt derzeit vier Ziele. Erstens ist die Regierung bemüht, den Familien einen besseren Ausgleich zwischen Beruf und Familienleben zu ermöglichen. Die höhere Erwerbstätigkeitsquote der Mütter soll zum einen das Armutsrisiko der Familien mindern und zum anderen zum wirtschaftlichen Wachstum des Landes beitragen. Zweitens sollen den Kindern möglichst früh gleiche Chancen geboten werden. Drittens verfolgt die Regierung das Ziel einer frühkindlichen Förderung. Und schließlich geht es darum, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu unterstützen, d. h. gleiche Arbeitsbedingungen und Löhne sowie eine ausgeglichene Aufteilung der Rollen und Aufgaben in der Familie durchzusetzen.¹¹

Die vier genannten Ziele sollen insbesondere durch eine flächendeckende Betreuung aller Kinder, auch der Kleinkinder, und die Förderung der weiblichen

Erwerbstätigkeit erreicht werden. Dabei verfolgt die französische Regierung eine Politik der »freien Wahl« (libre choix). Eltern sollen demnach die Möglichkeit haben, sich frei zu entscheiden, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder weiterhin berufstätig bleiben möchten, und – sollten beide Elternteile berufstätig bleiben – welche Betreuungsform sie sich für ihre Kinder wünschen. Dieses Ziel der Wahlfreiheit wurde deshalb eingeführt, weil in der französischen Gesellschaft – so die ehemalige Abgeordnete der Nationalversammlung Valérie Pécresse – im Gegensatz zu anderen Ländern kein Konsens über die bevorzugte Form der Kinderbetreuung in den ersten drei Jahren herrscht. Im Gegensatz zu Ländern wie Schweden oder Deutschland, die sich eindeutig für eine Betreuung durch die Eltern zumindest im ersten Lebensjahr der Kinder ausdrücken, spiegeln die Umfragen in Frankreich keine Präferenz für eine bestimmte Betreuungsmöglichkeit wider, sei es durch die Eltern, durch Betreuungseinrichtungen oder Tagesmütter. In Reaktion auf diese Haltung soll den Eltern ein breitgefächertes Betreuungsangebot zur Verfügung gestellt, aber auch die Möglichkeit geboten werden, ihre Kinder selbst zu betreuen.

Wahlfreiheit

Kinder können in Frankreich vom zweiten Lebensmonat an bis zum Abitur ganztags betreut werden, wobei den Eltern von Kleinkindern unterschiedliche Betreuungsformen zur Verfügung stehen.

Die Krippen bieten derzeit etwa 270 000 Betreuungsplätze an, müssen allerdings in Notfällen bis zu 10 Prozent mehr Kinder aufnehmen. Je nach Schätzungen werden in dieser Betreuungsform zwischen 8 und 12 Prozent der Kleinkinder betreut. Der Begriff »Krippen« kann als Sammelbegriff bezeichnet werden: Er umfasst die »klassischen« Krippen, die Kinder ganztägig aufnehmen (mono-accueil) und nicht mehr als 60 Kinder betreuen können; die flexiblen Einrichtungen (multi-accueil), die Kinder sowohl in Teilzeit ab zwei Wochenstunden als auch in Vollzeit betreuen; die »Mikrokrippen« (micro-crèches), die nicht mehr als 9 Kinder aufnehmen dürfen, sowie die »Kindergärten« (jardins d'enfants), die nur Zweijährige aufnehmen und einen Übergang zur Vorschule darstellen. Hinzu

kommen 62 000 Plätze beim »familiären Betreuungsdienst« (service d'accueil familial), d. h. Tagesmütter, die von den Kommunen bezahlt werden und bis zu drei Kinder bei sich zu Hause betreuen, Betriebskrippen (vorwiegend in den Krankenhäusern) und Elternkrippen, deren Zahl allerdings kaum ins Gewicht fällt. Die Krippen werden überwiegend von den Kommunen geführt, aber vom Staat teilfinanziert. Sie werden stark subventioniert, so dass die Eltern im Durchschnitt nur 10 Prozent der Kosten übernehmen, wobei ihre Beteiligung von ihrem Einkommen abhängt. Krippen und familiärer Betreuungsdienst bieten zusammen Plätze für etwa 14 Kinder von hundert Kleinkindern.

Bei der Einstellung einer staatlich anerkannten Tagesmutter oder einer Kinderfrau übernimmt der Staat 100 Prozent bzw. 50 Prozent der Sozialabgaben. Die Familien können einen Teil der Betreuungskosten steuerlich geltend machen und beziehen für Kleinkinder eine monatliche Beihilfe in Höhe von 167 Euro, 278 Euro oder 442 Euro je nach Einkommen und für Kindergartenkinder einen verminderten Betreuungszuschuss. Die Eltern müssen allerdings mindestens 15 Prozent der Kosten selbst übernehmen. Die staatlich anerkannten Tagesmütter betreuen zurzeit ca. 690 000 Kinder; dies entspricht einer Platz-Kind-Relation¹² von ca. 30 Prozent. Sie dürfen höchstens drei Kinder in Vollzeit betreuen, wobei die Regelungen relativ streng sind (die eigenen Kleinkinder der Tagesmutter zählen mit; die Wohnung muss groß genug sein, strengen Sicherheitsnormen entsprechen, usw.). Kinderfrauen betreuen knapp 2 Prozent der Kleinkinder in Frankreich, da diese Betreuungsform immer noch für die meisten Haushalte unerschwinglich bleibt. Deshalb hat sich das Prinzip einer »geteilten Kinderfrau« durchgesetzt (garde partagée), die ebenfalls speziellen Regelungen unterworfen ist.

Die französische Vorschule nimmt Kinder bereits ab dem Alter von zwei Jahren auf. Der Trend zur frühen Einschulung ist allerdings rückläufig. Während im Schuljahr 2001/02 noch 35 Prozent der Zweijährigen die école maternelle besuchten, waren es 2008/09 nur noch 20,9 Prozent (d. h. 7,5 Prozent aller Kinder unter drei Jahren). Auch wenn die Möglichkeit einer ganztägigen Betreuung für die Zweijährigen besteht, besucht die Mehrheit

der betroffenen Kinder die école maternelle nur am Vormittag, so dass diese Betreuungsform meistens mit einer anderen kombiniert wird, z. B. einer Tagesmutter oder den Eltern selbst.

Eltern haben dabei Anspruch auf einen Erziehungsurlaub, um ihre Kinder selbst zu betreuen, wenn sie vor der Geburt für die Dauer von mindestens zwei Jahren erwerbstätig waren. Sie beziehen eine Beihilfe zur häuslichen Betreuung von 552 Euro, können allerdings bei einem gemindertem Erziehungsgeld in Teilzeit bis zu 80 Prozent erwerbstätig bleiben und zur Finanzierung einer Tagesmutter oder Kinderfrau das geminderte Erziehungsgeld mit der Beihilfe kombinieren. Das Erziehungsgeld bei einer Teilzeitbeschäftigung wurde 2004 erhöht, so dass der Anteil der Familien, die den Erziehungsurlaub mit einer Teilzeitarbeit verbinden, zwischen 2004 und 2007 von 26,5 Prozent auf 38,9 Prozent gestiegen ist.¹³

Schätzungsweise werden 50 bis 60 Prozent der Kleinkinder vorwiegend von der eigenen Mutter betreut.¹⁴ Ab dem Kindergarten werden dagegen alle Kinder ganztägig betreut. Die meisten Vor- und Grundschulen bieten zusätzlich einen Betreuungsdienst vor Schulbeginn und nach Schulschluss an, so dass alle Kinder von ca. 7:30 Uhr bis ca. 18:30 Uhr aufgenommen werden können. Problematisch bleibt für die Eltern der Mittwoch, an dem die Vor- und Grundschulen geschlossen bleiben. Tatsächlich arbeiten viele Mütter in Teilzeit, um den Mittwoch ebenfalls frei nehmen zu können.

Finanzielle Unterstützung

Über die Betreuungsbeihilfen hinaus erhalten die Familien zahlreiche Zuschüsse.¹⁵ Einige Bevölkerungsgruppen werden dabei besonders begünstigt. Auch hier stehen die Eltern von Kleinkindern eindeutig im Zentrum der Familienpolitik. Sie erhalten einen Geburtszuschuss, d. h. eine einmalige Auszahlung von 890 Euro im 7. Monat der Schwangerschaft und eine monatliche Grundbeihilfe von 179 Euro bis zum dritten Geburtstag ihres Kindes. Beide Zahlungen sind zwar einkommensabhängig, werden aber von ca. 85 Prozent der betroffenen Familien bezogen.

Darüber hinaus existiert eine Vielzahl von Maßnahmen zu Gunsten von Familien mit mindestens drei Kindern. So gibt es kein Ehegattensplitting, sondern ein »Familiensplitting« (quotient familial). Dies bedeutet, dass Familien über steuerliche Vorteile verfügen, die ab dem 3. Kind besonders bedeutend sind. Zudem wird die Rente von kinderreichen Familien im öffentlichen Dienst um 10 Prozent aufgewertet (und zusätzlich um 5 Prozentpunkte für jedes weitere Kind). Beide Elternteile haben im öffentlichen Dienst die Möglichkeit, nach fünfzehn Jahren in Rente zu gehen, wenn sie es wünschen. Kinderreiche Familien haben Zugang zu zahlreichen Vergünstigungen dank der so genannten »carte famille nombreuse« (z. B. Rabatte für Kinokarten, Zugfahrkarten, Sporttätigkeiten usw.). Ursprünglich galt auch der Erziehungsurlaub nur für kinderreiche Familien. Erst im Jahr 1994 wurde er auf Familien mit zwei Kindern ausgedehnt. Familien mit einem Kind haben erst seit 2004 Zugang zu einem sechsmonatigen Erziehungsurlaub (statt drei Jahre für die Familien mit mindestens zwei Kindern).

Zusammenfassend betrachtet werden in Frankreich also sowohl die einkommensschwächeren Haushalte als auch Familien mit höheren Einkommen unterstützt: Der Demograf Olivier Thévenon spricht daher von einem U-förmigen System.¹⁶ Die Förderung der Doppelverdiener mit niedrigem Einkommen basiert in erster Linie auf den einkommensabhängigen Betreuungszuschüssen und der Subventionierung der Krippen, während die höheren Einkommensschichten durch das »Familiensplitting« von besonders hohen steuerlichen Vorteilen profitieren können. Zudem sind 73 Prozent der von den Familienbeihilfekassen geleisteten Beiträge nicht einkommensabhängig.¹⁷ Die Reform des Jahres 2004 konzentrierte sich daher auf die mittlere Einkommensschicht, deren Betreuungsbeihilfen erhöht wurden.

Mängel der französischen Familienpolitik

Trotz dieser Vielzahl an Maßnahmen wird immer wieder Kritik an der französischen Familienpolitik laut. Dabei wird in erster Linie der Vorwurf einer

mangelnden Umsetzung der gesetzten Ziele erhoben, aber auch deren Ausrichtung grundsätzlich in Frage gestellt.

Falsche Zielsetzungen?

Das Prinzip der »freien Wahl«

Führt die Vielfalt der Betreuungsangebote tatsächlich zu einer »freien Wahl« zwischen Erwerbstätigkeit und einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zur Kinderbetreuung? Untersuchungen zufolge nehmen 33 bis 40 Prozent der Familien den Erziehungsurlaub vielmehr allein deshalb in Anspruch, weil ihnen keine andere Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht, die ihren Bedürfnissen entspricht.¹⁸ Dies lässt sich beispielsweise mit der mangelnden Flexibilität der Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen erklären, die oft nicht den üblichen Arbeitszeiten der Eltern entsprechen. Auch der Mangel an Betreuungsplätzen insbesondere auf dem Land trägt zu dem Ergebnis der Untersuchungen bei. Vor allem einkommensschwächere Familien sind oft auf den Zugang zu Krippenplätzen angewiesen. Fehlen diese Plätze, können nur die Einbeziehung der Großeltern oder der Erziehungsurlaub eine Betreuung der Kinder garantieren.

Zudem wirkt der niedrige Satz des Erziehungsgelds (552 Euro monatlich, nicht einkommensabhängig) entmutigend auf Eltern mit einem mittleren bis höheren Einkommen. Es ist daher anzunehmen, dass Eltern, die ihre Kinder gern selbst betreuen würden, häufig aus finanziellen Gründen darauf verzichten. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass Eltern, die Erziehungsgeld beziehen, mehrheitlich über eine niedrige Qualifikation verfügen und / oder sich in einem prekären Arbeitsverhältnis befinden. 40 Prozent von ihnen waren vor der Geburt ihres Kindes arbeitslos. So scheint die Entscheidung für oder gegen den Erziehungsurlaub stärker von der Arbeitssituation der Eltern, von finanziellen Erwägungen und vom Betreuungsangebot bestimmt als von den eigenen Wünschen.

Darüber hinaus ist zu bezweifeln, dass Eltern, die weiterhin berufstätig bleiben wollen, wirklich über eine Wahlfreiheit zwischen den Betreuungsformen

verfügen. Wie bereits bemerkt haben Familien mit einem niedrigen Einkommen nicht die Möglichkeit, eine Kinderfrau einzustellen, und können sich zum Teil auch keine Tagesmutter leisten. Hinzu kommen große regionale Unterschiede im Betreuungsangebot für Kleinkinder. Krippen bieten je nach Departement zwischen 2 und 30 Plätze für 100 Kleinkinder an. Während im Departement der Haute Savoie in den Alpen nur 2,5 Prozent der Zweijährigen im Schuljahr 2008/09 die Vorschule besuchten, waren es im Morbihan in der Bretagne 64,8 Prozent. Allgemein wird die Entscheidung für eine Betreuungsform durch das Betreuungsangebot, die finanziellen Mittel und die Arbeitszeiten der Eltern, die geografische Nähe oder die Öffnungszeiten der Einrichtungen bestimmt und begrenzt.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird in Frankreich nur ungenügend gewährleistet, da den Eltern nicht in ausreichendem Maße Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Schätzungsweise fehlen in Frankreich je nach Studie zwischen 320 000 und 400 000 Betreuungsplätze, um eine Betreuungsquote der Kleinkinder von 60 Prozent zu erreichen. Derzeit werden jedoch im Durchschnitt nur 11 000 neue Krippenplätze pro Jahr geschaffen, was dem Bedarf bei weitem nicht entspricht. Obwohl die Geburtenzahlen seit dem Jahr 2000 ansteigen, geht die Zahl der eingeschulerten Zweijährigen von Jahr zu Jahr zurück. In Reaktion auf die steigende Geburtenrate wurden keine neuen Kindergartenplätze geschaffen, sondern lediglich die Anzahl der Einschreibungen von Zweijährigen zurückgeschraubt. Dies zeigt, in welchem Maße auch das Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie finanziellen Zwängen unterworfen bleibt. Auch wenn die Regierung die Erhöhung der Geburtenrate begrüßt, ist sie nur bedingt gewillt, die Folgekosten bezüglich Infrastruktur und Personal zu übernehmen. Dabei könnte sich der Mangel an Betreuungsplätzen in der Zukunft zusätzlich verschärfen. Die Mehrheit der Tagesmütter ist über 40 Jahre alt. Viele von ihnen, die in Folge ihrer geringen beruflichen Qualifikation nicht erwerbstätig waren, haben diesen Beruf gewählt, nachdem sie ihre eigenen Kinder großgezogen hatten. Mit der zunehmenden beruflichen Qualifikation von

Frauen in den letzten Jahrzehnten wird daher das Interesse am Beruf der Tagesmutter zurückgehen. Auch im Bereich der professionellen Kinderpflege und in den Krippen besteht ein zunehmender Mangel an ausgebildetem Fachpersonal, was den Ausbau dieser Betreuungseinrichtungen zusätzlich hemmt.

Auch das Modell des Erziehungsurlaubs ist in die Kritik geraten, da er Frauen zu lange vom Arbeitsmarkt fernhalte und so ihre Rückkehr in den Beruf erschwere. Verschärft werde diese Problematik durch die Rentenreform im öffentlichen Dienst aus dem Jahr 2004, welche die Entscheidung der Familien für einen dreijährigen Rückzug vom Arbeitsmarkt geradezu unterstütze: Den Eltern, die drei Jahre Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, werden drei Beitragsjahre angerechnet, während diejenigen, die weiterhin berufstätig bleiben, nur sechs Monate pro Kind für ihre Rentenansprüche geltend machen können.¹⁹ Damit wird der Doppelbelastung der Mütter kaum noch Rechnung getragen. Das familienpolitische Ziel einer Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das der Staat mit Beihilfen zu externer Familienbetreuung unterstützt, scheint hier im Widerspruch dazu zu stehen, dass auch die Betreuung durch die eigenen Eltern und damit der Rückzug der Frauen aus dem Erwerbsleben gezielt gefördert werden.

Chancengleichheit

Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, Kinderarmut durch die Förderung der Erwerbstätigkeit der Mütter zu bekämpfen. Dem steht gegenüber, dass für Familien aus einkommensschwächeren Schichten die außerhäusliche Kinderbetreuung oft aus finanziellen Gründen nicht in Frage kommt, so dass sie auf einen Lohn verzichten und sich mit dem Erziehungsgeld begnügen müssen. Dies bedeutet aber auch, dass die betroffenen Kinder weder den sozialen Umgang mit anderen Kindern noch die mit den Betreuungseinrichtungen verbundene frühkindliche Förderung genießen.

Das Ziel der Gleichstellung von Männern und Frauen

Die Förderung der weiblichen Erwerbstätigkeit führt nicht automatisch zu einer verstärkten Beteili-

gung der Väter an der Kinderbetreuung. Der Erziehungsurlaub wird nur zu 2,5 Prozent von Männern in Anspruch genommen. Die Kinderbetreuung bleibt in Frankreich eindeutig Frauensache. Den Untersuchungen zufolge erledigen die Frauen auch den Hauptteil der Hausarbeit. Von einer ausgeglichenen Aufteilung der Rollen zwischen Männern und Frauen in der Ausübung familiärer Verpflichtungen kann daher nicht die Rede sein.²⁰

Infragestellung der Ausrichtung und der Umsetzung der Familienpolitik

Überdies sorgt die Orientierung der Familienpolitik selbst für Kritik: Die französische Familienpolitik unterstützt in erster Linie kinderreiche Familien, Familien mit Kleinkindern und einkommensstarke Familien. Immer wieder wird Kritik an der besonderen Unterstützung für kinderreiche Familien und dem dahinter stehenden Ziel einer Erhöhung der Geburtenrate laut. Kritisiert wird hierbei insbesondere eine Ungleichbehandlung der Kinder, die im Widerspruch zu dem Ziel steht, das Wohlbefinden des Kindes ins Zentrum familienpolitischer Maßnahmen zu stellen.²¹ Darüber hinaus genießen Familien mit Kleinkindern eine besondere Unterstützung, was mit den hohen Kosten erklärt wird, die mit der außerhäuslichen Betreuung der Kinder verbunden sind. Die Mehrheit der Experten ist sich jedoch einig, dass die Ausgaben vielmehr mit zunehmendem Alter der Kinder steigen. Zwar wird das Kindergeld für Kinder ab 14 Jahren erhöht, doch erhalten nur Familien mit mindestens zwei Kindern Kindergeld, und die Erhöhung wird mit 62 Euro pro Monat als zu niedrig bewertet.

Neben der grundsätzlichen Ausrichtung der Familienpolitik werden immer wieder Mängel bei der Umsetzung familienpolitischer Maßnahmen, darunter ihre zu große Komplexität, angeprangert. Zu viele Akteure seien involviert, was mit einem bedeutenden bürokratischen Aufwand einhergehe und zu Wartezeiten führe: Eine Tagesmutter muss beispielsweise ein Jahr warten, bis sie nach dem Antrag auf Zulassung ihr erstes Kind betreuen darf. Das Gleiche gilt für die Eröffnung von Krippen, was auf die strengen gesetzlichen Regelungen bezüglich der Sicherheitsstandards von Krippen zurückgeführt wird.

Reformvorschläge und erste Reformen seit 2007

Die einzige nennenswerte familienpolitische Reform der Regierung in den letzten beiden Jahren ist die Aufwertung der Familienbeihilfe für die Einstellung einer Tagesmutter um 50 Euro auf 442 Euro für Doppelverdiener mit niedrigem Einkommen. Dies soll den Familien aus einkommensschwachen Verhältnissen die freie Wahl zwischen der Weiterausübung ihres Berufs und dem Erziehungsurlaub ermöglichen. Die Erhöhung wird allerdings von der Abgeordneten Michèle Tabarot als zu niedrig bewertet. Sie schlägt daher eine weitere Erhöhung des Betreuungszuschusses vor. Diese ließe sich, so die Abgeordnete Marie-Françoise Clergeau, durch die Abschaffung der Betreuungszuschüsse für Familien mit höherem Einkommen finanzieren.

Die Projekte der neuen Regierung verfolgen in erster Linie zwei Ziele: die Reform des Erziehungsurlaubs und der Ausbau der außerhäuslichen Betreuung von Kleinkindern.

Kürzung des Erziehungsurlaubs

Nicolas Sarkozy hat in seiner Rede vom 13. Februar 2009 eine Kürzung des Erziehungsurlaubs angekündigt, allerdings noch keine weiteren Einzelheiten genannt. Es ginge dabei gleichermaßen darum, Frauen nicht allzu lange vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, und Väter durch ein höheres Erziehungsgeld für den Erziehungsurlaub zu motivieren.

Es besteht in Frankreich jedoch kein Konsens über eine Reform des Erziehungsurlaubs. Familien mit drei Kindern haben bereits heute die Möglichkeit, einen einjährigen Erziehungsurlaub mit erhöhtem Erziehungsgeld in Anspruch zu nehmen (ca. 790 Euro pro Monat: COLCA: complément optionnel de libre choix d'activité). Diese Reform hat sich als Misserfolg erwiesen. Von allen Familien mit mindestens drei Kindern, die Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, entscheiden sich nur 1,2 Prozent für die gekürzte Babypause. Offensichtlich entspricht diese Reform nicht den Erwartungen der Familien. Dies kann sowohl mit der Dauer als auch mit der Höhe des Erziehungsgelds zusammenhängen.

Bildungsministerin Valérie Pécresse ist, wie auch Vertreter von Familienverbänden, der Meinung, dass der Erziehungsurlaub auf keinen Fall gekürzt werden sollte, solange das Betreuungsangebot nicht ausgebaut wurde, und plädiert dafür, den Familien die Wahl zu überlassen (wie es heute bereits der Fall ist), sie aber zugleich zu einer Reduzierung des Erziehungsurlaubs zu ermutigen. Dagegen schlägt Michèle Tabarot die Einführung eines einjährigen Erziehungsurlaubs ab dem ersten Kind vor.²² Angesichts all dieser Vorschläge sollte beachtet werden, dass Umfragen zufolge über ein Drittel der Franzosen der Meinung ist, dass das Kind in den ersten drei Jahren von der Mutter betreut werden sollte.

Neben der Debatte um die Dauer des Erziehungsurlaubs wirft die Reform die Frage auf, wie eine stärkere Beteiligung der Väter an der Erziehungsarbeit erreicht werden könnte. Michèle Tabarot und Valérie Pécresse zufolge sollten dem zweiten Elternteil mindestens zwei Monate Erziehungsurlaub vorbehalten werden, wobei Pécresse zusätzlich eine Prämie von 250 Euro vorschlägt, wenn beide Elternteile sich den Erziehungsurlaub teilen. Auch die Abgeordnete Marie-Françoise Clergeau griff diese Idee auf.²³ Indes könnten solche Maßnahmen ihr Ziel verfehlen, wenn das Erziehungsgeld keine Lohnersatzfunktion erfüllt. Doch auch über die Höhe des Erziehungsgelds sind sich die Politiker uneinig: Pécresse hält einen Erziehungsurlaub nach schwedischem Modell für zu teuer. Ihrer Meinung nach kann sich der französische Staat kein Erziehungsgeld mit Lohnersatzfunktion leisten. Dagegen verteidigt Tabarot in ihrem Bericht das deutsche Vorbild, d. h. ein Elterngeld in Höhe von 67 Prozent des Nettolohns in einer Spanne von 300 bis 1800 Euro pro Monat (in Schweden beträgt das Elterngeld 80 Prozent des Nettolohns). Auffallend ist allerdings, dass sie in ihrem Bericht die Kosten, die damit verbunden wären, nicht beziffert, so dass der Vorschlag weitgehend im Vagen bleibt. Obwohl sich Präsident Sarkozy nicht zu Details der Reform geäußert hat, kann angesichts der Tatsache, dass die Frage der Finanzierung im Zentrum der Debatte um eine Reform der Familienpolitik steht, kaum angenommen werden, dass er diesen Weg einschlagen wird. Das Projekt bleibt also im Unklaren. Und

dies umso mehr, als es erst nach einem Ausbau der Betreuungsplätze durchgesetzt werden könnte.

Der Ausbau des Betreuungsangebots

Im Hinblick auf die Einführung eines einklagbaren Rechts auf einen Betreuungsplatz für alle Familien mit Kleinkindern hatte die französische Regierung bereits im Jahr 2007 die Schaffung von 350 000 neuen Betreuungsplätzen angekündigt. Während dieses Ziel noch im April 2008 bekräftigt wurde, ist heute davon nicht mehr die Rede. Ein von Michèle Tabarot in Auftrag gegebener Bericht kommt zu dem Schluss, dass bis zum Jahr 2012 bestenfalls für die Zweijährigen ein Recht auf einen Betreuungsplatz einzuführen wäre. Nicolas Sarkozy hat daher Anfang 2009 die Schaffung von 200 000 zusätzlichen Betreuungsplätzen angekündigt, die nicht allein in Krippen zur Verfügung gestellt werden sollen:

- Tabarot schlägt die Einführung sogenannter »jardins d'éveil« für die Zweijährigen vor. Sie entsprechen weitgehend den »Kindergärten« (jardins d'enfants) und sollen den Übergang zur Vorschule erleichtern. Mit der Einführung der jardins d'éveil würde der Staat sich aus der Bereitstellung eines Betreuungsangebots für Zweijährige zurückziehen, denn die Einrichtungen würden allein von den Kommunen getragen. Mit der Schaffung von jardins d'éveil sollen Plätze in den Krippen und bei den Tagesmüttern für die kleineren Kinder frei werden.
- Die Hälfte der angekündigten 200 000 Plätze soll im Bereich der Betreuung durch Tagesmütter entstehen. Diesen soll die Erlaubnis erteilt werden, vier statt wie bisher drei Kinder zu betreuen. Dadurch sollen die Anzahl der Betreuungsplätze ohne deutliche Mehrausgaben erhöht und die Löhne der Tagesmütter deutlich aufgestockt werden. Um den Beruf der Tagesmutter attraktiver zu machen, wurden die Arbeitsbedingungen der Tagesmütter verbessert: Ihr Lohn wird nicht mehr auf Tagesbasis, sondern auf Stundenbasis errechnet und sie sind nun zu einer Aus- und Fortbildung verpflichtet, was ihre Qualifikation und somit ihre Lohnbedingungen verbessern soll.
- Um dem Mangel an Fachpersonal entgegenzutreten, der die Neueröffnung oder den Ausbau

von Krippen hemmt, sollen auch weniger qualifizierte Kräfte eingestellt werden können, wenn sie eine gewisse Erfahrung in der Kinderbetreuung vorweisen, z. B. junge Leute, die über einen Fachschulabschluss statt einer Hochschulausbildung verfügen, Mütter, die ihre Kinder großgezogen haben, oder Rentner (so genannte »papy-sitter« oder »mamies-sitter«).

- Familien sollen ermutigt werden, sich eine Kinderfrau zu teilen. Zu diesem Zweck könnte ihnen eine Prämie in Aussicht gestellt werden.
- Schließlich sollen die Unternehmen ermutigt werden, unternehmenseigene Krippen zu eröffnen. Derzeit stellen Unternehmenskrippen nur etwa 2 Prozent aller Krippenplätze zur Verfügung. Daher wurde der Vorschlag unterbreitet, die bereits existierenden steuerlichen Vorteile²⁴ für die Eröffnung und Führung von Unternehmenskrippen auszubauen. Um die Arbeitsbedingungen der Eltern zu verbessern und insbesondere die Flexibilität der Arbeitszeit zu erhöhen, wurde im Jahr 2008 eine »Charta der familienfreundlichen Unternehmen« eingeführt (Charte de la parentalité en entreprise).

Zum Schluss

Die Analyse der aktuellen familienpolitischen Maßnahmen und Projekte weist in erster Linie auf eine Kontinuität in der französischen Familienpolitik hin. Es ging und geht darum, allen Familien den Zugang zur außerhäuslichen Kinderbetreuung zu gewährleisten, das Betreuungsangebot weiter zu diversifizieren und auszubauen. Dabei bestätigt sich der Trend zu einer Privatisierung der Kinderbetreuung: Neue Betreuungsplätze sollen vor allem bei Tagesmüttern, Kinderfrauen und in Betriebskrippen entstehen, während die Einschulung der Zweijährigen in staatliche Betreuungseinrichtungen zunehmend in Frage gestellt wird. Allgemein lässt sich feststellen, dass es vornehmlich darum geht, das Betreuungsangebot mit dem geringstmöglichen finanziellen Aufwand zu erweitern. Damit einher geht allerdings eine zunehmende Senkung des Qualifikationsniveaus des Krippenpersonals. Die Tendenz zur Kosteneinsparung wird von einer weiteren Ankündigung des französischen Präsidenten bestätigt. Nicolas Sarkozy wünscht nach Möglichkeit, die Arbeitgeberbeiträge

für Familien, die sich derzeit auf 30 Milliarden Euro belaufen, zu begrenzen, um das Wirtschaftswachstum zu fördern. Diese Ankündigung sorgte bei den Elternverbänden für große Unruhe, da sie die Finanzierung der Familienpolitik in Frage stellt. Zudem birgt diese Entwicklung Gefahren für das Wohlbefinden und vor allem die Sicherheit der

Kinder. Das Risiko: Quantität statt Qualität und vielleicht auch langfristig eine Abkehr vom familienfreundlichen Klima in Frankreich.

Anne Salles ist Dozentin an der Université Paris-Sorbonne-Paris IV;
Übersetzung: ECHOO Konferenzdolmetschen.

Anmerkungen

- 1 Marie-Thérèse Letablier, Why has France high fertility: The impact of policies supporting parents, in: *The Japanese Journal of Social Security Policy*, Dezember 2008.
- 2 Rede des französischen Staatspräsidenten zum Thema Familienpolitik im Palais de l'Élysée am 13.2.2009, <http://www.elysee.fr/documents/index.php?mode=view&lang=fr&cat_id=7&press_id=2332>.
- 3 Dominique Méda, Ca va mal, ne changeons rien, in: *Le Monde*, 21.2.2007.
- 4 Laurent Toulemon, Ariane Pailhé, Clémentine Rossier, France: high and stable fertility, in: *Demographic Research*, 16.7.2008, S. 512, <<http://www.demographic-research.org/Volumes/Vol19/16/>>.
- 5 Die Zahl wurde von Arnaud Régnier-Loilier vom INED-Institut errechnet. Sie stammt aus der GGS-Studie und betrifft Männer und Frauen im Alter von 20 bis 39 Jahren. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die gewünschte Kinderzahl nur noch bei 1,7 Kindern, wobei sie bei den Männern noch niedriger ausfällt (1,46 in den neuen Bundesländern und 1,59 in den alten Bundesländern), während in Frankreich kaum einen Unterschied zwischen Männern und Frauen festgestellt werden kann. Vgl. Jürgen Dorbritz, Andrea Lengerer, Kerstin Ruckdeschel, Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der PPA Study in Deutschland (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung), Wiesbaden 2005.
- 6 Toulemon, Pailhé, Rossier, France: high and stable fertility, op. cit. (Anm. 4), S. 522.
- 7 Letablier, op. cit. (Anm. 1).
- 8 Den Historikern Noin und Chauviré zufolge wies Frankreich 1945 die älteste Bevölkerung der Welt auf. Vgl. Daniel Noin, Yvan Chauviré, *La Population de la France*, Paris 2002.
- 9 Monique Papon, Pierre Martin, Rapport d'information fait au nom de la commission des Affaires culturelles par le groupe de travail sur la scolarisation des jeunes enfants, Senat, Nr. 47 (2008-09), 22.10.2008, S. 18, <<http://www.senat.fr/noticerap/2008/r08-047-notice.html>>.
- 10 Olivier Thévenon, Does fertility respond to work and family-life reconciliation policies in France? (First Draft, CESifo Conference on Fertility and Public Policy), 1.2.2008.
- 11 Letablier, op. cit. (Anm. 1).
- 12 Die Platz-Kind-Relation bezeichnet das Verhältnis zwischen der Anzahl der angebotenen Betreuungsplätze und der Anzahl der zu betreuenden Kinder (d.h. der Kinder im Alter von 3 Monaten bis 3 Jahren).
- 13 Errechnet nach: Emmanuel Berger, Les prestations familiales et de logement en 2007, in: *Études et résultats (DREES)*, Nr. 674, Dezember 2008.
- 14 Nathalie Blanpain, Garder et faire garder son enfant, in: *Données sociales, la société française*, S. 77–83; über <<http://www.insee.fr>>.
- 15 Siehe die Internetseiten der Familienbeihilfekasse <<http://www.caf.fr>> oder der französischen Botschaft in Deutschland <<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article574>>.
- 16 Thévenon, op. cit. (Anm. 10).
- 17 Emmanuel Berger, Les prestations familiales et de logement en 2007, in: *Études et Résultats (DREES)*, Nr. 674, Dezember 2008, <<http://www.sante.gouv.fr/drees/etude-resultat/doc.htm>>.
- 18 Valérie Pécresse, Mieux articuler vie familiale et vie professionnelle. Rapport au Premier ministre (La documentation française), Paris 2007, S. 50.
- 19 Im privaten Bereich werden allen Müttern, ob sie sich für den Erziehungsurlaub entscheiden oder nicht, zwei Jahre pro Kind für die Rente angerechnet. Diese Regelung wird jedoch immer häufiger im Namen der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in Frage gestellt, da dieser Vorteil den Vätern vorenthalten wird.
- 20 Carole Brugeilles, Pascal Sebillé, La participation des pères aux soins et à l'éducation des enfants. L'influence des rapports sociaux de sexe entre parents et entre les générations, in: *Politiques sociales et familiales 95/2009*, S. 19–32. Kimberly J. Morgan betont auch, dass die meisten Länder in Europa die weibliche Erwerbstätigkeit unterstützen, »ohne dass es zu einer Infragestellung der geschlechtlichen Aufteilung der Hausarbeit geführt hätte«. Vgl. Morgan, *Les politiques du temps de l'enfant en Europe occidentale: tendances et implications*, in: *Recherches et Prévisions 83/2006*, S. 30.
- 21 Michèle Tabarot, Rapport sur le développement de l'offre d'accueil de la petite enfance. Rapport au Premier ministre, Juli 2008, <http://www.gouvernement.fr/sites/default/files/legacy/Rapport_Tabarot.pdf>.

- 22 Dabei geht es darum, keine Unterschiede in Abhängigkeit von der Kinderzahl zu machen, um das Wohlbefinden des Kindes in den Vordergrund zu stellen und geburtenfördernde Ziele aufzugeben.
- 23 Marie-Françoise Clergeau, Rapport d'information sur la prestation d'accueil du jeune enfant (PAJE), Assemblée nationale, 7.7.2009, <<http://www.assemblee-nationale.fr/13/rap-info/i1801.asp>>.
- 24 Unternehmen können derzeit 25 Prozent der mit der Führung einer Betriebskrippe verbundenen Kosten bis zu einer Grenze von 500 000 Euro im Jahr steuerlich geltend machen. Tabarot schlägt vor, diesen Anteil auf 50 Prozent zu erhöhen.